

Christoph Boyer

Sozialgeschichte der Arbeiterschaft und staatssozialistische
Entwicklungspfade: konzeptionelle Überlegungen und eine
Erklärungsskizze

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.959>

Reprint von:

Christoph Boyer, Sozialgeschichte der Arbeiterschaft und staatssozialistische
Entwicklungspfade: konzeptionelle Überlegungen und eine Erklärungsskizze,
in: Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale
Wirklichkeit, herausgegeben von Peter Hübner, Christoph Kleßmann und
Klaus Tenefeld, Böhlau Köln, 2005 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben
vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 31), S. 71-86

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung
Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor
für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur
vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g.
Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Christoph Boyer (2005), Sozialgeschichte der Arbeiterschaft und staatssozialistische Entwicklungspfade: konzeptionelle Überlegungen und eine Erklärungsskizze, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.959>

Ursprünglich erschienen als: Christoph Boyer, Sozialgeschichte der Arbeiterschaft und staatssozialistische Entwicklungspfade: konzeptionelle Überlegungen und eine Erklärungsskizze, in: Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, herausgegeben von Peter Hübner, Christoph Kleßmann und Klaus Tenefeld, Böhlau Köln, 2005 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 31), S. 71-86

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 31

Peter Hübner / Christoph Kleßmann /
Klaus Tenfelde (Hg.)

Arbeiter im Staatssozialismus

Ideologischer Anspruch und
soziale Wirklichkeit



2005

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek

ZZF 17226 (HISD)ZEF

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.ddb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung:

Arbeiter mit Zahnrad – Geschenk der Warschauer Ursus-Werke an Wilhelm Pieck
(Deutsches Historisches Museum, Berlin)

© 2005 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln
Ursulaplatz 1, D-50668 Köln
Tel. (0221) 913 90-0, Fax (0221) 913 90-11
info@boehlau.de

Alle Rechte vorbehalten
Druck und Bindung: MVR Druck GmbH, Brühl
Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier
Printed in Germany

ISBN 3-412-18705-4

Inhalt

Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde

Einleitung 9

Klaus Tenfelde

Arbeiter, Arbeiterbewegungen und Staat im Europa des „kurzen“
20. Jahrhunderts..... 17

Peter Hübner

ERSTE SEKTION:
„Arbeiterstaat“ als politische Konstruktion und Inszenierung..... 35

Dietrich Beyrau

Das sowjetische Modell – Über Fiktionen zu den Realitäten..... 47

Christoph Boyer

Sozialgeschichte der Arbeiterschaft und staatssozialistische
Entwicklungspfade: konzeptionelle Überlegungen und eine
Erklärungsskizze 71

Lenka Kalinová

Mythos und Realität des „Arbeiterstaates“ in der Tschechoslowakei..... 87

Ivo Georgiev

Die Arbeiter als Modernisierungsbremse im realsozialistischen
Bulgarien?..... 109

Dragoş Petrescu

Workers and Peasant-Workers in a Working-Class’ „Paradise“:
Patterns of Working-Class Protest in Communist Romania..... 119

Anikó Eszter Bartha

The Disloyal „Ruling Class“: The Conflict between Ideology and
Experience in Hungary 141

Simone Barck/Dietrich Mühlberg

Arbeiter-Bilder und Klasseninszenierung in der DDR.
Zur Geschichte einer ambivalenten Beziehung 163

Rainer Gries

Dramaturgie der Utopie. Kulturgeschichte der Rituale der
Arbeiter-und-Bauern-Macht..... 191

Jennifer Schevardo

ZWEITE SEKTION:
„Arbeitsbeziehungen, Arbeitsverhältnisse, Arbeiterexistenzen“ 215

André Steiner

Einkommen in den Ostblockländern.
Annäherungen an einen Vergleich 227

Peter Hübner

Arbeitsbeziehungen und soziale Sicherungen für Arbeiter
in Ländern des sowjetischen Blocks..... 249

Annette Schuhmann

„Macht die Betriebe zu Zentren der Kulturarbeit“.
Gewerkschaftlich organisierte Kulturarbeit in den Industriebetrieben der
DDR in den fünfziger Jahren: Sozialhistorisches Novum oder
Modifizierung betriebspolitischer Traditionen? 271

Małgorzata Mazurek

Das Alltagsleben im sozialistischen Betrieb am Beispiel der
„Rosa-Luxemburg-Werke“ in Warschau an der Schwelle zur
„kleinen Stabilisierung“ 291

József Ö. Kovács

Arbeiterexistenz in Ungarn nach 1956. Einige Schnittpunkte der
Mikro- und Makrogeschichte..... 319

Mary Fulbrook

DRITTE SEKTION:
Arbeiter in sozialen und politischen Konfliktkonstellationen
Einführung..... 347

Helke Stadtland

Konfliktlagen und Konfliktformen. Arbeiter in der DDR zwischen
Integration, Disziplinierung und Verweigerung..... 357

Renate Hürtgen

Konfliktverhalten der DDR-Arbeiterschaft und Staatsrepression
im Wandel 383

Bernd Gehrke

Weichenstellungen zum Disparaten.
Vom schwierigen Verhältnis der DDR-Opposition zur Arbeiterschaft..... 405

Jędrzej Chumiński/Krzysztof Ruchniewicz

Arbeiter und Opposition in Polen 1945–1989 425

Mark Pittaway

Accommodation and the Limits of Economic Reform: Industrial
Workers during the Making and Unmaking of Kádár's Hungary 453

Peter Heumos (München/Moosburg)

Zum industriellen Konflikt in der Tschechoslowakei 1945–1968 473

Anhang

Autorenverzeichnis 499

Literaturauswahl..... 500

Abkürzungsverzeichnis 512

Christoph Boyer

Sozialgeschichte der Arbeiterschaft und staatssozialistische Entwicklungspfade: konzeptionelle Überlegungen und eine Erklärungsskizze

Längst hat eine die Kultur, Alltags- und Lebenswelt einbeziehende Öffnung der Sozialgeschichte im allgemeinen, der Sozialgeschichte der Arbeiterschaft im besonderen, der der Arbeiterschaft im Staatssozialismus im speziellen stattgefunden. Trotzdem tut man nach wie vor gut daran, soziale Mikrokosmen und Milieus, Identitäten und Mentalitäten in der politischen Ökonomie zu erden. Sind deren „große“ Institutionen auch keine ehernen Gehäuse, so erweisen sie sich doch als träge, oft nur in der *longue durée* und mit großem Aufwand verschiebbare Koordinaten des Handelns. Sie sind von beträchtlicher, Menschen und Lebenswelten prägender Wirkmacht: reale, im doppelten Sinn harte Fakten.

Den Betrieb und seine Arbeiterschaft in die staatssozialistischen Makrostrukturen einzu-fügen bringt allerdings drei Schwierigkeiten mit sich: „Oben“ und „Unten“, Herrschaft und Gesellschaft waren, erstens, im Staatssozialismus anders aufeinander bezogen als die bürgerlich-rechtsstaatliche Demokratie auf „ihre“ kapitalistische Wirtschaft und „ihre“ Zivilgesellschaft.¹ Die Relationen zwischen „Makro“ und „Mikro“ waren, zweitens, in der fast fünfzigjährigen Geschichte des ostmitteleuropäischen Staatssozialismus charakteristischen Wandlungen unterworfen. Der „Ostblock“ war, drittens, kein oder nur in einem sehr eingeschränkten Sinn ein massiver und homogener „Block“: hatte die sowjetische Hegemonialmacht „nationale Wege zum Sozialismus“ in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg letztlich auch verhindert, so boten die „sozialistischen Bruderländer“ doch von Anfang an und unübersehbar ein heterogenes Bild; im Zeitverlauf wurden die Kontraste noch deutlicher. Das Polen der achtziger Jahre etwa ist von der Revolte der Werftarbeiter, der Militärdiktatur, *Solidarność* und dem Runden Tisch geprägt; Ungarn tritt dem Internationalen Währungsfonds bei. Sind beide Regime – wenn auch auf verschiedenen Routen – tendenziell im Rückzug begriffen, so wirken der ostdeutsche und der tschechoslowakische Parteistaat nach wie vor äußerlich intakt; DDR und ČSSR sind allerdings in einen eigentümlichen Starrezustand verfallen, aus dem heraus sie am Ende des Jahrzehnts abrupt zusammenbrechen werden.

1 Hans-Ulrich Wehler, Diktaturenvergleich, Totalitarismustheorie und DDR-Geschichte, in: Arndt Bauerkämper/Martin Sabrow/Bernd Stöver (Hg.), *Doppelte Zeitgeschichte. Deutsch-Deutsche Beziehungen 1945–1990*, Bonn 1998, S. 346–352.

Die ostmitteleuropäische Arbeitergeschichte der Jahre nach 1945 bewegt sich also in einem Bezugsrahmen, der offensichtliche Diversität mit der ebenso evidenten Familienähnlichkeit systemischer – staatssozialistischer – Strukturen vermitteln muß; dieser Rahmen ist zudem nicht statisch, sondern dynamischen Wandlungen unterworfen. Wie lassen sich nun Einheit und Vielfalt im Zeitverlauf zusammendenken? Wie läßt sich ihr Verhältnis systematischer konstruieren? Die folgende komparative Analyse staatssozialistischer Entwicklungspfade (Trajektorien) zwischen 1945 und 1989/90 versucht eine Antwort auf diese Fragen. Der Vergleich erstreckt sich im ersten Zugriff auf Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn und die DDR², fokussiert also auf die klassischen Hauptakteure Nationalstaat, National-Partei und Nationalgesellschaft.³

Sozialistische Trajektorien – so die zentrale Prämisse – lassen sich als Überlagerung zweier Komponenten beschreiben und erklären: Teil I der Studie argumentiert, daß Systeme sowjetischen Typs einer spezifischen „staatssozialistischen Struktur- und Ablauflogik“ unterworfen sind. Teil II zeigt, wie sich dieser systemische Faktor mit der Kontingenz, dem Individuellen, dem National-Spezifischen und Zufälligen, kurz: der „Geschichte“ verschränkt und so unterschiedliche Varianten und Versionen von Entwicklungspfaden – „Gehäusen staatssozialistischer Arbeitergeschichte“ – hervorbringt.⁴

-
- 2 Der Vergleich erstreckt sich auf vier „Objekte“ von relativer Homogenität: ein großer *ceteris paribus*-Bereich und wenige variierende Variablen sind vergleichsstrategisch günstig. Alle vier Länder sind – im gesamteuropäischen und im Weltmaßstab – „kleine Mittelmächte“ ähnlicher geographischer, demographischer, volkswirtschaftlicher Größenordnung auf insgesamt mittlerem sozialökonomischem Entwicklungsniveau. Rechtstradition und Mentalitäten sind im Prinzip „westlich“. Die Homogenitätsbehauptung gilt im Groben, gemessen an den frühen Sozialismen (Sowjetunion), den großen (Sowjetunion, China) und denen der Dritten Welt (Kuba, Vietnam). Die staatssozialistische Ära fällt durchweg in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts; dies begünstigt Lernen und Austausch. Sowjetische Hegemonie begrenzt überall Handlungsspielräume und befestigt das Machtmonopol der Staatsparteien von außen. Temporär geöffnete windows of opportunity, in erster Linie die Entstalinisierung haben zeitlich in etwa parallele Unruhe- und Aktionszonen zur Folge: notwendige, wenn auch nicht hinreichende Voraussetzungen der Krisen von 1953 und 1956.
 - 3 Sowohl die vom RGW ausgehenden Integrationsimpulse auf Staats- bzw. Parteiebene wie auch die transnationalen Beziehungen zwischen den Gesellschaften sind – aus hier nicht zu erörternden Gründen – relativ schwach. Ähnliche Entwicklungen in unterschiedlichen Ländern können zwar auch auf transnationale Kooperation oder z. B. auch auf sowjetisches Oktroi zurückzuführen sein; vieles ist jedoch „Parallelevolution“: gemeint sind damit gleichgerichtete, durch ähnliche Probleme und ein systemisch vorkonstruiertes, ähnliches Repertoire von Lösungen bewirkte Entwicklungen.
 - 4 Zur Konzeptualisierung staatssozialistischer Ländergeschichten als Pfade und zur pfadvergleichenden, überhaupt zur vergleichend-ostmitteleuropäischen Perspektive: Dieter Segert, *Die Grenzen Osteuropas. 1918, 1945, 1989 – Drei Versuche, im Westen anzukommen*, Frankfurt/M. 2002 sowie die Beiträge in: Carsten Gehrke/Seraina Gilly (Hg.), *Transformation und historisches Erbe in den Staaten des europäischen Ostens*, Bern 2000. – Die folgende Darstellung nimmt eine kleinere Zahl von Determinanten staatssozialistischer Entwicklungspfade in den Blick als die Studie Michael Bries, ist andererseits aber systematischer konstruiert; die Resultate ähneln sich in vielem: vgl. Michael Brie, *Staatssozialistische Länder Europas im Vergleich. Alternative Herrschaftsstrategien und divergente Typen*, in: Helmut Wiewenthal (Hg.), *Einheit als Privileg. Vergleichende Perspektiven auf die Transformation Ostdeutschlands*, Frankfurt/M./New York 1996, S. 39–104. – Außerordentlich anregend auch der Vergleich Ungarn-Rumänien-China in: Maria A. Csanádi, *Comparative Model of Party-States. Structural and Dynamic Background of Similarities and Differences in Reproduction, Reforms, Collapse and Transformation* (im Erscheinen). Ich danke Frau Csanádi für die Erlaubnis zur Einsichtnahme in ihr Buchmanuskript.

I.

1. Die politische Ökonomie des klassischen Staatssozialismus nach sowjetischem Modell ist – idealtypisch – als eine Kombination der folgenden vier Elemente zu fassen⁵: a) Prinzipieller und unbedingter Primat der Politik über Wirtschaft und Gesellschaft: das rechtlich nicht gebändigte Machtmonopol der marxistisch-leninistischen Staatspartei und des von ihr angeleiteten bürokratischen Gesamtapparats auf der Grundlage des Monopols ideologischer Gestaltungsmacht. Politik steuert ein Mega-Projekt politisch-sozial-ökonomischer Transformation, das die Arbeiterklasse ins Zentrum des gesellschaftlichen Gefüges rückt. b) Dominanz staatlichen und quasistaatlichen (gesellschaftlichen, pseudogenossenschaftlichen) Eigentums; tendenzielle Beseitigung autonomer Akteure auf dem Markt; bürokratische (vertikale, hierarchische) Koordinierung der Wirtschaft durch umfassende zentrale Planung physischer Größen der industriellen Bruttoproduktion. c) Das Organisationsrecht der Mikroeinheiten ist strikt begrenzt; Betriebe sind Einheiten des staatlichen Etats, an den sie ihre Einnahmen abführen, Ressourcen werden ihnen zentral zugeteilt. „Moralisch-emotionale Stimulierung“ durch nichtmarktliche Anreize, die Mobilisierung von „Enthusiasmus“ mittels Kampagnen, auch die Erzwingung von Leistung durch physische Gewalt verdrängen betriebs- und volkswirtschaftliche Kosten-Nutzenkalküle und ersetzen zumindest partiell „ökonomische Hebel“. d) Forcierte industrielle Wachstumspolitik mit markanter Präferenz für die Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien. In agrarischen bzw. agrarisch-industriellen Staaten bedeutet diese Neuindustrialisierung und nachholende Entwicklung, in alten Industrieländern „Nachindustrialisierung“ und „Nachurbanisierung“. Klassisch-staatssozialistisches industrielles Wachstum ist extensiv: es basiert primär auf der Steigerung der Inputs (Arbeit, Rohstoffe, Energie), in zweiter Linie auf der Steigerung von Effizienz und Produktivität. Ökonomieferner, megalomaner Voluntarismus projiziert exorbitante Zuwachsraten; er überspannt Ressourcen und Entwicklungstempo ohne Rücksicht auf ökonomische und soziale Kosten und produziert mit hoher Wahrscheinlichkeit Mangelkrisen in Permanenz.

Die Elemente des klassischen Systems bilden ein konsistentes Ganzes; die systemkonformen Institutionen und Normen stützen, befestigen und verstärken sich gegenseitig⁶; Regulierung sucht sich laufend durch Schließung von Regelungslücken zu perfektionieren. Der Primat der Partei und der von ihr angeleiteten Wirtschafts- und Gesellschaftsplanung, der Wille zur strikten Ziel-Mittel-Bindung der Politik und der angestrebte hohe Grad formaler Rationalität sind für den programmierten Staat und das Ensemble seiner bürokratischen Apparate auf der Basis einer Weltanschauung mit wissenschaftlichem Anspruch charakteristisch.

2. Ungeachtet aller Unsicherheiten und Schwankungen, temporären Kompromiß- und Pazifizierungsstrategien, Teilrückzüge und Neuen Kurse, ungeachtet aller nationalen Färbungen,

⁵ Das folgende in Anlehnung an die klassische Darstellung in: János Kornái, *Das sozialistische System. Die politische Ökonomie des Kommunismus*, Baden-Baden 1995, S. 35ff.

⁶ So sind laut Kornái etwa zentrale Planung und private Unternehmerinitiative eigentlich nicht kompatibel; letztere wird deshalb mit hoher Wahrscheinlichkeit an den Rand gedrängt und „ausgemeldet“.

ungeachtet auch der Unterschiede in Geschwindigkeit und Rigorosität der Sowjetisierung wird im Nukleus des sowjetischen Herrschaftsbereichs in Ostmitteleuropa im „langen Aufbaujahrzehnt“ zwischen 1945 und etwa der Wende zu den sechziger Jahren in makroinstitutioneller Perspektive dieses Paradigma installiert.

Die aus dem Primat der Politik herrührenden prinzipiell unbegrenzten Kontrollansprüche sind nun allerdings in erster Linie Postulat und Programm; sie sind unbegrenzt im Prinzip und definieren die „Maximaloption“. Faktische vielfältige Handlungsbeschränkungen entstehen, zum einen, aus dem vielfältigen fortbestehenden oder neu entstehenden Eigen-Sinn der Gesellschaft. Sie erwachsen, zum anderen, aus dem strukturellen Widerspruch zwischen dem schrankenlosen Machtwillen des Herrschaftszentrums und einer Gesellschaft, die ohne funktionale Differenzierung und ein gewisses Maß an Partizipation nicht auf Dauer effizient bzw. überhaupt lebensfähig ist. Die Logik des Machterhalts erstickt die (Teil-)Autonomie der Subsysteme. Sie verhindert die Entwicklung subsystemspezifischer Steuerungsmedien und die Kontrolle solcher subsystemischer Codes durch andere: etwa der Macht durch das Recht. Folge von Überregulierung und Überzentralisierung ist ein ausgeprägtes Kontrollproblem: die Kommandowirtschaft wird durch weiche Pläne und weiche Budgetbeschränkungen ausgehebelt. Plandisziplin auf der Basis von Befehl und Gehorsam verfällt periodisch; durch politisch-moralische Kampagnen und Appelle ist sie nicht auf Dauer sicherzustellen. Der Wegfall marktlicher Anreize und Sanktionen bewirkt Effizienz- und Produktivitätsdefizite, Wachstumsschwäche und technologischen Rückstand, markante sektorale Disproportionen und die Vernachlässigung von Infrastrukturen und Konsum.⁷

3. Systeme sowjetischen Typs befinden sich deshalb in einer permanenten strukturellen Krise; in der Konsequenz ihrer „Fehlprogrammierung“ (Janos Kornái) liegen Legitimitäts- und Stabilitätsdefizite. Staatssozialismen antworten auf diese durch interne Umbauten. Diese Auffassung impliziert einen Perspektivenwechsel: Systeme sowjetischen Typs sind nicht gefangen in einem starren Gleichgewichtszustand; sie werden nicht als Fehlkonstruktionen *ex tunc* mit einer notwendigen, mehr oder weniger geradlinigen Verfallsgeschichte behandelt, sondern als soziale und politische Gebilde mit gewissen – limitierten – Möglichkeiten der Überlebenssicherung durch Wandel zumindest für bestimmte Zeitspannen.

Der Gesamtverlauf staatssozialistischer Trajektorien ist deshalb in den Kategorien der Evolutionstheorie – Variation (Mutation, Innovation), Selektion, Retention – konzeptualisierbar.⁸ Mutationen sind – möglicherweise – brauchbare responses auf interne Steuerungsprobleme oder auf Umweltherausforderungen. Sie werden entweder als nützliche Anpassungsleistungen selegiert, weil sie die Adaptibilität des Systems – im Grenzfall auch dessen Fähigkeit, die Umwelt zu formen – und/oder seine internen Steuerungskapazitäten steigern.

7 Vgl. zu diesen Pathologien auch: Christoph Boyer, Stabilisierung durch Wandel. Institutionenevolution im Staatssozialismus, in: Gerd Bender/Rainer Maria Kiesow/Dieter Simon (Hg.), *Das Europa der Diktaturen: Steuerung – Wirtschaft – Recht*, Baden-Baden 2002, S. 119–139.

8 Aus der Vielzahl einschlägiger Titel: Walter L. Bühl, *Sozialer Wandel im Ungleichgewicht. Zyklen, Fluktuationen, Katastrophen*, Stuttgart 1990, S. 149ff.; Bernhard Giesen/Kay Junge, *Strukturelle Evolution*, in: Gerhard Preyer (Hg.), *Strukturelle Evolution und das Weltsystem. Theorie, Sozialstruktur und evolutionäre Entwicklungen*, Frankfurt/M. 1998, S. 47–70; Michael Schmidt, *Soziologische Evolutionstheorien*, in: ebd., S. 387–411.

Bei Bewährung werden sie auf Dauer in den Systemmechanismus eingebaut (Retention), andernfalls werden sie ausgeschieden.

4. Aktivitäten mit dem Ziel der Adaptation staatssozialistischer Systeme sollen „sozialistische Reformen“ heißen⁹: gemeint ist damit jede weiterreichende, vom klassischen System wegführende Veränderung bzw. Kombination von Veränderungen der Property Rights oder am polit-ökonomischen Steuerungsmechanismus. Reformen sind *nicht* Maßnahmen lediglich mit dem Ziel der Perfektionierung der Befehlswirtschaft: etwa durch Umbauten des Planungsapparats, Verschärfung der Plandisziplin oder die Rationalisierung von Planungsprozessen durch Computerisierung u. ä. Reformen sind also mehr als solches „Herumbasteln und Herumdoktern“ am Planungsmechanismus.

Leitmotiv und Generalthema sozialistischer Reformen ist die Effizienz und Wachstum steigernde Dezentralisierung, Flexibilisierung und Ökonomisierung der Lenkungs- und Anreizmechanismen. Regulierungsumfang und -dichte werden reduziert; die Gewichte verlagern sich von direkter zu indirekter Regulierung. Im wesentlichen begegnen vier Strategien in wechselnden Kombinationen und Mischungsverhältnissen:

a) Zulassung bzw. Ausweitung von Privateigentum an Produktionsmitteln durch Einführung oder Erweiterung eines Privatsektors. Damit erweitern sich private Handlungs- und Verfügungsrechte; Einkommen wird stärker an Leistung gekoppelt. b) Einbau von Marktelementen in das zentraladministrative Plansystem, mit dem Ziel einer Synthese von „zentral“ und „dezentral“, im Spektrum zwischen „sozialistischer Marktwirtschaft“ und der „höheren Planmäßigkeit“ einer „dezentralisierten Planwirtschaft“. Die Kommandowirtschaft wird nicht völlig geschleift, aber sie wandelt sich: von der kurzfristigen, operativen Totalplanung zur langfristigen, perspektivischen, indikativen Rahmenplanung, die sich eines differenzierten makroökonomischen Lenkungsinstrumentariums, insbesondere monetärer und fiskalischer „Hebel“ – Zinsen, Steuern, Wechselkurse usw. – bedient. Das Außenwirtschaftsmonopol wird gelockert, es steigt die Intensität kommerzieller und nichtkommerzieller Außenkontakte, vorzugsweise nach Westen. Intermediäre Leitungsebenen werden abgeschafft, direktive Apparate zu „Konsultativorganen“ zurückgestuft, die Handlungsspielräume zentrifugaler – sektoraler, regionaler – Kräfte und „Proto-Lobbies“, erweitern sich. Mit dem Zurücktreten vertikal-direktiver Steuerung öffnen sich gewisse Spielräume für horizontale Beziehungen zwischen den Wirtschaftseinheiten auf Vertragsbasis. Freie Vereinbarung anstelle des hoheitlichen Befehls tritt in den Vordergrund, auch wenn die prinzipielle Spannung zwischen Unternehmensautonomie bzw. Vertragsfreiheit einerseits, Plangebundenheit andererseits bestehenbleibt. c) Reformen aktivieren – etwa in der Lohnpolitik, oder, unter dem Banner der „sozialistischen Demokratie“, durch vielfältige Formen der Mitbestimmung im Betrieb und am Wohnort – das Individuum und seinen Selbststeuerungswillen; sie rufen das „persönliche materielle Interesse“, die kreativen und die Partizipationspotentiale der Gesellschaft wach. Sie rehabilitieren, zumindest ansatzweise, manchmal mehr volens, manchmal eher nolens, das Leistungsprinzip; sie nehmen soziale Differenzierung auf Kosten des sozialistischen Egalitarismus zumindest billigend in Kauf. Sozialistische Reformen sind

9 Vgl. aus der umfangreichen Literatur zur sozialistischen Reform die klassische Darstellung von Kornái, Sozialistisches System, S. 431ff.

in vielen Fällen nicht zuletzt Reaktion auf die säkulare Herausforderung durch die wissenschaftlich-technische Revolution und das West-Ost-Produktivitätsgefälle: sie sind Modernisierungs- und Intensivierungsprogramme. Solche „Stimulierungen“ sind vermutlich oft eher technokratisch motiviert; in manchen Fällen – und oft so eigentlich gar nicht intendiert – ergibt sich jedoch ein in die Domäne von Politik und Gesellschaft weit hineinwirkender „emanzipatorischer Overspill“. d) Die Verbesserung der „Arbeits- und Lebensverhältnisse der Werktätigen“ durch Sozial- und Konsumpolitik. Nach dem Schwinden des naiven Vertrauens in die Zentralplanwirtschaft als Allheilmittel gegen alte (kapitalistische) und neue (sozialistische) Übel wird Sozial- und Konsumpolitik im Reformkontext als Politikfeld sui generis, als „Reparaturmechanismus“, als ein die Abkehr vom sozialistischen Egalitarismus flankierender und die neuen Unsicherheiten der Quasi-Markt-Gesellschaft kompensierender Mechanismus konzeptualisiert. Konsumpolitik – im Spektrum zwischen hektischen ad-hoc-Ausreichungen in Krisensituationen und längerfristigen Konsumstrategien – erhöht die Attraktivität des Reformunternehmens für „die Massen“ durch Aufwertung des privaten Verbrauchs. Hier handelt es sich um flankierende und absichernde Strategien und Taktiken, durchaus aber auch um ernsthafte und ehrliche Bemühungen um bessere Sozialverträglichkeit, nicht nur um zynisch-macchiavellistische Fassadenmalerei.

5. Reformen mildern die Befehlswirtschaft. Sie lockern die zentralistisch-bürokratische Plandisziplin, transzendieren aber per definitionem nicht den Systemrahmen.¹⁰ Ihre Reichweite ist durch die womöglich geschwächte, in ihrer Handlungsfähigkeit beschränkte, im Prinzip jedoch ungebrochene Parteimacht limitiert. Sozialistische Reformen senken wohl das Regulierungsniveau, sie reduzieren Eingriffstiefe und -dichte; charakteristisch ist andererseits die Tendenz zur Wiederauffüllung des direktiven Vakuums, und sei es paradoxerweise durch Regelungen zum Schutz der befreiten Akteure vor neuerlicher bürokratischer Bevormundung. Administrative Interventionen tendieren nach wie vor zur Überschreitung der kritischen Schwellen, jenseits derer die neuerrungene oder -konzedierte Autonomie zu kippen droht. Wichtiger als Marktleistung sind Verhandlungsmacht und -geschick gegenüber „der Politik“, opportunistisches Lavieren und – durchaus auch korruptive – „Beziehungen“ zu den Apparaten: eine Umwelt, die die Evolution des politischen Unternehmers oder Spekulanten anstelle seriöser Gewinnorientierung begünstigt. „Sozialistische Demokratie“ erschöpft sich bei im Prinzip fortbestehender „Macht der Arbeiterklasse“ in einer gewissen Flexibilisierung der Machttechniken, oft auch nur in der bloßen Behauptung der prästabilierten Harmonie von „wissenschaftlicher Führung“ und „demokratischer Initiative“. Arbeiterselbstverwaltung ohne Wahl-, Organisations-, Redefreiheit im Großen bleibt eine Insel im Meer der Diktatur.

6. Reformen münden also nicht in ein neues stabiles Gleichgewicht, nicht in einen soliden gesamtgesellschaftlichen Konsens über einen „erneuerten Sozialismus“; vielmehr unterliegen Reformarrangements permanent der Versuchung des Rückfalls in das klassische Regulierungsregime. Die Systeme verharren nicht in einem gänzlich starren Gleichgewicht; ihr Entwicklungspfad verläuft jedoch in einem vergleichsweise schmalen Korridor, innerhalb relativ enger, vom Primat der Parteimacht vorgegebener Grenzen. Einprogrammierte Lern-

10 Überschreitung des Systemrahmens – wie 1989/90ff. – wäre Transition oder Transformation.

schränken limitieren die Bewegungsspielräume der auf dynamische Stabilität zielenden evolutiven Such- und Lernbewegung. Begrenzte Handlungsspielräume und letztendliches Scheitern verweisen auf die prinzipiellen Defekte des „genetischen Programms“ (János Kornai) des Staatssozialismus. Die hohe Plausibilität von „Rückfällen“ hängt auch mit der labilen sozialen und politischen Basis von Reformbewegungen zusammen: diese werden in der Regel nicht einfach von konservativen Bürokraten perhorresziert und von „freiheitsliebenden Massen“ begrüßt. Gewinn- und Verlustrechnungen sind komplexer: politische und bürokratische Eliten, Manager und Arbeiter, überhaupt alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen verrechnen Chancen auf erhöhtes Markteinkommen gegen steigende Risiken für Besitzstände und sozialen Status. Freiheit wird gegen Sicherheit und „Geborgenheit“ auch metaökonomisch saldiert.

7. Reformnotwendigkeit und Reformneigung sind sozialistischen Systemen inhärent. Aber: Ursachen und Anlässe, Dynamik und Tempo, Verlaufsformen und Reichweiten, Spielräume und Eindringtiefen, spezifische Mischungen von Planung und Improvisation, von Partialmaßnahmen und integralen Konzepten; die Intensität, der Radius und die Wirkmacht von Reformdiskursen – all dies, ja überhaupt alle erdenklichen einschlägigen Parameter sind nicht aus der Systemlogik allein abzuleiten. „System“ ist durch „Geschichte“ zu ergänzen.

Die „Ablauflogik“ – die strukturellen Probleme des Staatssozialismus und die hieraus erwachsenden und wiederholt an die Grenzen der Parteimacht stoßenden Reformversuche und -anläufe – wird also in unterschiedliche Richtungen gelenkt und in charakteristischer Weise durch „zufällige“ Determinanten moduliert: durch nationale Vorgeschichten, Traditionen und sozioökonomische Strukturen, durch internationale Kontexte, auch durch kontingente Einzelereignisse und, *horribile dictu*, „große Persönlichkeiten“¹¹. Der Mehrländervergleich sondert solche Kontingenzen von dem, was „das System“ überall bewirkt.

8. Die „Systemlogik“ und „Individuelles“ kombinierenden Schrittfolgen im Kleinen – Eintritt in Reformperioden, Wiederaustritt, womöglich erneute Anläufe – lassen sich zu länderspezifischen Abläufen im Großen konfigurieren. Solche mit Reformen „durchwachsene“ Entwicklungspfade können linear sein oder Zyklen durchlaufen oder vielfältige andere Ablaufmuster bilden.

„Pfadabhängigkeit“¹² solcher Schrittfolgen meint nicht die Binsenweisheit, daß Vergangenheit „irgendwie“ Gegenwart beeinflusst. Der Begriff beinhaltet a) ein gewisses Trägheitsmoment: Abläufe können nicht beliebig beschleunigt, voluntaristisch in ihrer Richtung verändert oder nach Belieben iteriert werden. b) Pfadabhängige Prozesse haben nicht ein mögliches, sondern mehrere mögliche Ergebnisse; sie können sich verzweigen. Die Verläufe werden durch die Wahl der Alternativen an Furkationen (Gabelungspunkten) gesteuert; hier können unscheinbare, vorab nicht zu erahnende kontingente Umstände und Ereignisse den Ausschlag geben. Pfadverläufe sind deshalb nicht ex ante prognostizierbar; aber sie werden ex post plausibel.

11 Das „*horribile dictu*“ ist natürlich die – hier ironisch angeeignete Sichtweise – des kaum mehr real existierenden ausschließlich strukturorientierten Sozialhistorikers „alten Schlages“.

12 Vgl. Rolf Ackermann, *Pfadabhängigkeit, Institutionen und Regelreform*, Tübingen 2001, v. a. S. 9ff.

II.

Die ostmitteleuropäischen Staatssozialismen folgen zwischen 1945 und 1989/90 auseinanderdriftenden Pfaden. Nützlich erscheint die Unterscheidung der folgenden beiden Haupt-Pfadvarianten¹³:

Systeme des Typs I (DDR, Tschechoslowakei) sind durch eine Abfolge von drei Stadien charakterisiert¹⁴: sie bewegen sich vom „Aufbau des Sozialismus“ in den fünfziger Jahren durch eine relativ lange, geschlossene, durch einen deutlichen Endpunkt markierte Reformperiode in den sechziger Jahren – Ulbrichts Neues Ökonomisches System bzw. die im „Prager Frühling“ gipfelnde tschechoslowakische Reform – hin zu einer durch institutionelle Erstarrung und durch die Erschöpfung der Lern- und Reformpotentiale gekennzeichneten Endphase des „Realsozialismus“ bzw. der „Normalisierung“. Der Regulierungsanspruch der Parteimacht ist auch in dieser finalen Periode umfassend; Opposition ist ein Nischenphänomen; die sich anbahnende Abkehr breiter Kreise der Bevölkerung vom Sozialismus bleibt bis kurz vor dem Zusammenbruch subkutan. Realsozialismus und Normalisierungsregime sind immobilisiert; aus der Ultrastabilität heraus implodieren sie im Herbst 1989 abrupt.

Trajektorien des Typs II (Ungarn und Polen) nehmen ihren Ausgang ebenfalls vom „Aufbau des Sozialismus“. Hier führt der Weg allerdings über eine Mehrzahl – im einzelnen unterschiedlich gelagerter Reformversuche – in ein finales Stadium nicht der Ultrastabilität, sondern der Erosion. Zwei Hauptunterschiede zu Typ I sind charakteristisch: a) der allmähliche Rückzug des Parteistaates aus Wirtschaft und Gesellschaft. In Endphasen des Typs II wird parteistaatliche Regulierung partiell zurückgenommen; „befreite Zonen“ werden erkämpft oder entstehen dort, wo das Regime mehr oder weniger freiwillig Terrain aufgibt. Anders als in Typ I existieren nicht nur Nischen oder Höhlungen des Unpolitisch-Privaten; vielmehr entstehen bereits erste Elemente von Zivilgesellschaft und Marktwirtschaft im öffentlichen Raum. b) Anders als in Typ I sind die Phasenwechsel nicht abrupt; der graduelle Rückzug der Parteimacht ermöglicht einen eher gleitenden Übergang von der systemimmanenten Reform in die finale Systemtransformation.

13 Die folgende Taxonomie ist aus den vier Fallstudien abgezogen; sie erschöpft keineswegs den Raum denkbarer Möglichkeiten. Die Beschreibung der Pfadverläufe versteht sich als rein empirisch, d. h. sie ist *r* normativ gemeint noch enthält sie irgendetwelche implizite Teleologiebehauptungen.

14 Schwerpunkt dieser Studie ist die theoriegeleitete komparative Analyse, nicht die Präsentation neuen Faktenwissens. Deshalb wird im folgenden aus der wissenschaftlichen Literatur, nicht aus Archivalien zitiert. Die Faktographie der Länder-Entwicklungspfade DDR/ČSSR stützt sich (in allerstrengster Auswahl) auf: André Steiner, Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz und Machtkalkül, Berlin 1999; Klaus Schröder, Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998; Christoph Boyer, Stabilisierung durch Wandel sowie die Beiträge in: Christoph Boyer/Peter Skyba, Repression und Wohlstandsversprechen. Zur Stabilisierung von Parteiherrschaft in der DDR und in der ČSSR, Dresden 1999. – zur ČSSR: Jiří Kosta, Abriß der sozialökonomischen Entwicklung der Tschechoslowakei, 1945–1971, Frankfurt/M. 1978; Alice Teichova, Wirtschafts-geschichte der Tschechoslowakei, 1918–1980, Wien 1988; Martin Myant, The Czechoslovak economy 1948–1988. The battle for economic reform, Cambridge 1989.

Typ I

1. Beschreibung: a) Von einer gravierenden Wirtschaftskrise, die die Erschöpfung der Potentiale extensiven Wachstums und gleichzeitig das Ende der Aufbauphase markierte, führte der ostdeutsche Pfad zum Neuem Ökonomischem System (NÖS). Auch die tschechoslowakische Reformbewegung setzte in den späten fünfziger und frühen sechziger Jahren ein; sie kumulierte im Prager Frühling von 1968, dann noch einmal in einem kurzen Aufbäumen nach der Invasion der „Bruderländer“.

Ziele, Akteure und Abläufe der Reform weisen in beiden Ländern signifikante – systemisch bewirkte – Ähnlichkeiten hinsichtlich Grundzielen und -richtungen auf. Daneben gibt es nicht unerhebliche – kontingent verursachte – Unterschiede in Intensität, Reichweite und Kaliber: die Liberalisierung der Wirtschaft, vor allem aber die politische Demokratisierung waren in der Tschechoslowakei ungleich ambitionierter als in der DDR, in der die Deregulierung am kurzen Zügel der Staatspartei verlief und die Reform-Technokraten als Assistenten und Erfüllungsgehilfen der Politik agierten. In der ČSSR hingegen wuchsen die Reformimpulse aus der Gesellschaft heraus; die Reformer drangen von außen und unten osmotisch in den Parteiapparat ein und entfachten dort eine vergleichsweise freie Debatte.

b) Beide Reformbewegungen wurden ungefähr zur selben Zeit abgebrochen: den Endpunkt markierte in der Tschechoslowakei 1968 die Invasion der „Bruderarmeen“, in der DDR 1971 der Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Waren diese Ereignisse auch von unterschiedlicher Dramatik – in der ČSSR verliefen sie gewaltsam, in der DDR eher im Stil einer Palastintrige –, so waren sie doch tiefenstrukturell äquivalent, zudem von hoher Folgerichtigkeit: wo die Parteimacht – in der Tschechoslowakei wiederum in sehr viel weitergehendem Ausmaß als in der DDR – zur Disposition gestanden hatte, gewann sie nun wieder die Oberhand.

c) Die finale Phase der „Normalisierung“ in der ČSSR, des „Realsozialismus“ in der DDR bestand in einer Neukonfiguration von drei prinzipiell bekannten Elementen – ein Herrschaftsmechanismus eigentümlicher Art, der in beiden Ländern im Grundsatz bis 1989 Bestand hatte¹⁵: zum einen die Rehabilitierung von orthodoxer Parteiherrschaft und die Rezentralisierung der Planwirtschaft, mithin die Rückkehr zur „Anfangsprogrammierung“ von Sozialismen sowjetischen Typs. Zum zweiten „weiche Stabilisierung“ durch eine markant ausgeweitete Sozial- und Konsumpolitik. Diese implizierte das Ende aller utopischen Elemente des Sozialismus zugunsten der neuen materialistischen Vision einer spürbaren Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse hier und jetzt. In beiden Systemen wurde die Strategie der materiellen Pazifizierung nun zum zentralen Stabilisator und, anstelle der Ideologie, zur legitimatorischen Hauptstütze der Parteiherrschaft; die Versorgung der Bevölkerung als obrigkeitlicher Akt stand unmittelbar im Dienst politischer Macht. Charakteri-

15 Vgl. zum „Realsozialismus/Normalisierungsparadigma“ auch: Christoph Boyer, Kommentar zum Referat von Peter Hübner „Norm, Normalität, Normalisierung: Quellen und Ziele eines gesellschaftspolitischen Paradigmenwechsels im sowjetischen Block um 1970“. In: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien, Nr. 28/29, Januar 2003, S. 41–45.

stisch wurde nun – entgegen allen anderslautenden Ankündigungen – eine von den real existierenden Verteilungsspielräumen abgekoppelte Garantie sozialer Sicherheit und stabiler Versorgung. Hatte der Reformgeist der sechziger Jahre Ungleichheit als Stimulans ex ante in Kauf genommen, in der Hoffnung auf eine Einebnung der Unterschiede ex post, so wurde nun Entdifferenzierung billigend in Kauf genommen, ja sogar gefördert. Mit der „weichen Stabilisierung“ durch Sozial- und Konsumpolitik korrespondierte, zum dritten, eine zunehmende Einhegung und Aufweichung auch der „harten“ Stabilisatoren Polizei, politische Justiz und Staatssicherheit. Die Kontrollapparate wuchsen in gigantische Dimensionen; sie penetrierten die Gesellschaften in einem qualitativ neuen Ausmaß. Die – gemessen am offenen Terror der Aufbauphase und abgesehen von einer Welle offener Repression in der unmittelbaren Folge der Invasion von 1968 – „geräuschärmere“, aber technisch effektivierte, tendenziell flächendeckende Repression nahm präventiv-sozialplanerische Züge an; physischer und psychischer Druck verschwammen mit „Fürsorge“ und „Überzeugungsarbeit“. Eine Rücknahme des prinzipiell unbegrenzten Herrschaftsanspruchs der Partei war aus dieser taktischen Flexibilisierung der Instrumente nicht zu folgern.¹⁶

Normalisierung und Realsozialismus funktionierten fast zwanzig Jahre lang als loyalitätsgenerierende Mechanismen; der temporäre Erfolg war vermutlich darauf zurückzuführen, daß Sozial- und Konsumpolitik auf den materialistischen Realismus bzw. realistischen Materialismus einer für die utopischen Elemente des Sozialismus nicht sonderlich empfänglichen Arbeiterschaft „paßten“. Viel kreativer Elan floß in den siebziger Jahren noch einmal in die Gesetzeswerke zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen; auch wurden in beiden Ländern deutliche Verbesserungen der Arbeits- und Lebensbedingungen erreicht. Allerdings wurden die einheimischen Ressourcen und die Leistungskraft der rezentralisierten, wieder am Gängelband der Partei geführten Planwirtschaften durch die neue Strategie überfordert – mit der Folge steigender Importe von Konsum- und technologisch avancierten Investitionsgütern aus westlichen Ländern und enorm wachsender Auslandsverschuldung zumindest der DDR; die Tschechoslowakei vermied die Schuldenfalle durch eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion, die längerfristig die Modernisierungskapazitäten gravierend beeinträchtigte, die Handlungsspielräume verengte und so den Weg in die Unterentwicklung vorzeichnete. Verschlimmerten auch externe kontingente Umstände – in erster Linie der massive Anstieg der Öl- und sonstiger Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt und die hieraus folgende gravierende Verschlechterung der Terms of Trade beider Länder im Handel mit dem Westen – die Probleme, so waren Normalisierung und Realsozialismus doch durch eine *systemische* Diskrepanz zwischen der ökonomischen Schwäche der Planwirtschaft und den weitreichenden Ambitionen der Konsumpolitik charakterisiert. Ironischerweise führte gerade der in beiden Ländern reetablierte Primat hierarchischer Steuerung zur Penetration von außen; Folge des Rückfalls in Machtsteuerung war die Schwächung der Macht: das „Normalisierungs-Paradox“.

Das Paradigma „Normalisierung/Realsozialismus“ war – nach einer durch Wachstumserfolge und rege sozialgesetzgeberische Aktivitäten markierten, relativ liberalen und bewegten Instituierungsphase – wesentlich restaurativ. Weil seine raison d'être die Sicherung der Parteimacht war, sah es sich außerstande, mittels weiterer Reformenläufe der kombinierten

16 Einen plastischen Eindruck von den Gepflogenheiten des Apparats vermittelt etwa Johannes Raschka, *Einschüchterung, Ausgrenzung, Verfolgung*, Dresden 1998.

Herausforderung durch interne Strukturprobleme und verschlechterte Terms of Trade zu begegnen. „Normalisierung“ mündete so in Erstarrung der Strukturen, in „non-decision“ und die Erschöpfung der – durch den Primat der Politik ohnehin eng begrenzten – Lern- und Entwicklungspotentiale. Charakteristisch für die institutionelle Ultrastabilität des Partei-staats und seinen zwar unter der Oberfläche ausgehöhlten, aber bis fast zum Ende kaum offen in Frage gestellten Anspruch auf Kontrolle waren politische Apathie: die apolitische Privatheit des „Chatismus“ und der „Wochenendgesellschaft“; manifeste Opposition existierte lediglich an der entfernten Peripherie der Gesellschaft.

Normalisierung und Realsozialismus waren die ultima ratio staatssozialistischer Systeme vom Typ I. Waren diese auch für begrenzte Zeit erfolgreich, so erwiesen sie sich doch in der Langzeitperspektive als Sackgassen der Evolution; der Ausweg wurde folgerichtig in der „friedlichen Revolution“ bzw. der „sametová revoluce“ von 1989/90, d. h. in der Systemtransformation, nicht in einem neuen Anlauf zu immanent-sozialistischen Reformen gesucht.

2. Vergleich: verlaufen die Trajektorien beider Länder im Grundsatz ähnlich, so ist doch – metaphorisch gesprochen – ihre Amplitude unterschiedlich: Die Reformen der DDR waren obrigkeitliche Veranstaltungen; sie fokussierten auf die Wirtschaft, die Reformziele waren eng. Die Politik blieb ausgespart, die „Systemfrage“ wurde nicht gestellt. „Objektbereich“ der tschechoslowakischen Reformen war zunächst die Wirtschaft, dann aber vorrangig die Politik; die Fundamente des Systems standen am Ende in Frage. Auf den hochgespannten Reformelan des Prager Frühlings folgte der abgrundtiefe Fall. Die Reformeliten wurden gesäubert, die tschechoslowakische Gesellschaft wurde nachhaltig applaniert. Der zwischen Volk und Führung aufgerissene abgrundtiefe Graben wurde später durch die normalisierungstypische Kombination von „weicher Stabilisierung“ und „weicher Repression“ überbrückt. Die DDR glitt, nach vergleichsweise bescheidenen Reformen, behutsamer in den „Realsozialismus“ hinüber.

3. Erklärung: Pfadverläufe des Typs I werden, zum einen, durch die systemische Logik des Staatsozialismus gesteuert. Insbesondere das „Amplitudenproblem“ macht darüber hinaus jedoch den Rekurs auf kontingente Strukturen und Ereignisse erforderlich. Von Bedeutung sind, zum einen, das relative Gewicht von Parteimacht und gesellschaftlicher Gegenmacht und die Interaktion beider. Zum Explanans gehört, zum anderen, der Ausgang der ersten großen Konfrontation beider im „Gabelungsjahr“ 1953:

a) Strukturen: In der DDR zeigten die Beziehungen zwischen Parteimacht und Gesellschaft vergleichsweise wenig Konflikte. Zwar war der ostdeutsche „Arbeiter- und Bauernstaat“ zu einem beträchtlichen Ausmaß ein Propagandaphänomen: eine in legitimatorischer Absicht permanent inszenierte und vorgegaukelte künstliche Wirklichkeit. Zu einem gewissen Teil aber war er doch die Realisierung der Sehnsüchte und Ziele der deutschen Arbeiterbewe-

gung.¹⁷ Das – ungeachtet aller Dekomposition und Erosion im Nationalsozialismus, im Zweiten Weltkrieg und danach – leidlich intakte und kompakte, traditionsorientierte und -gesättigte Facharbeitermilieu mit enger Betriebsbindung hatte aufgehört, eine oppositionelle Kraft zu bilden, seit seine Funktionäre an die Macht gelangt waren und die Arbeiterschaft zur privilegierten Staatsklasse geworden war. Bis zum Mauerbau floß beträchtliches Unruhepotential nach Westen ab. Weit verbreitet war ein knurriges Sich-Anbequemen, nach 1961 auch ein gewisser Fatalismus der Eingemauerten; Nährboden eines dezidierten politischen Veränderungswillens war diese Haltung nicht. Ulbrichts Reformen antworteten auf krisenhafte Funktionsstörungen in der Manier des Aufgeklärten Absolutismus; 1971 wurde dann die kurzzeitig destabilisierte Macht der Bürokratie ohne größere Turbulenzen restauriert. War die Autonomie von Gesellschaft in der DDR von Anbeginn schwach gewesen, so wurde sie nach dem 17. Juni zur *quantité négligéable*; oppositionelle Anwendungen verschwanden in den Nischen der Nischengesellschaft, „Meckerei“ beschwichtigte der „Realsozialismus“ zwei Jahrzehnte lang leidlich erfolgreich durch Konsum.

Auch im alten Industrieland Tschechoslowakei existierten eine starke autochthone Arbeiterklasse und eine traditionsreiche Arbeiterbewegung.¹⁸ Allerdings waren die tschechoslowakischen Arbeiter tiefer als die ostdeutschen in lokalen und betrieblichen Traditionen verwurzelt. Weil aus diesem genossenschaftlich gefärbten „Sozialismus des kleinen Mannes“ eine quasi natürliche Resistenz gegen die sozialistische Zentralmacht und die Anmutungen der zentralen Planung erwuchs, war die tschechoslowakische Arbeiterklasse in sehr viel geringerem Maße als die der DDR tragende Säule des „proletarischen Staates“; vielmehr verhartete sie in skeptischer, zuzeiten offen antagonistischer Distanz zur Parteimacht.

b) Ereignisse: Zwar beschädigte der Aufstand des 17. Juni ernsthaft die Beziehungen zwischen den Arbeitern und „ihrer“ Partei. Der Schock von 1953 reduzierte dann allerdings, auf den ersten Blick paradox, die Konfliktbereitschaft auf beiden Seiten: „Werktätige“ wie Funktionäre hüteten sich, noch einmal die Demarkationslinie zu überschreiten, jenseits derer die Partei die „Macht der Arbeiterklasse“ durch die Gewehrläufe verteidigen würde.

Ähnlich wie die DDR ging auch das tschechoslowakische Parteiregime 1953 durch eine Krise. Hier wurde die Unruhe allerdings unterhalb der militärischen Interventionsschwelle durch materielle Ausreichungen pazifiziert. Weil die in der DDR erteilte und gelernte traumatische Lektion, die drastisch und relativ zeitig die beengten Spielräume des Wandels verdeutlichte, hier nicht gelernt wurde, mündete der tschechoslowakische Pfad in eine prekäre Balance zwischen den Herrschaftsunterworfenen und „ihrer“ Partei. Die Autonomie der tschechoslowakischen Gesellschaft unterschied sich markant von der gelenkten und partei-geängelten „sozialistischen Demokratie“ ostdeutscher Provenienz; sie öffnete den Korridor zur „Beinahe-Konterrevolution“ des Prager Frühlings.

17 Grundlegend: Peter Hübner, Identitätsmuster und Konfliktverhalten der Industriearbeiterschaft in der SBZ/DDR, in: *Bohemia* 42 (2001), S. 220–243.

18 Aus Peter Heumos' zahlreichen einschlägigen Arbeiten exemplarisch: Aspekte des sozialen Milieus der Industriearbeiterschaft in der Tschechoslowakei vom Ende des Zweiten Weltkrieges bis zur Reformbewegung der sechziger Jahre, in: *Bohemia* 42 (2001), S. 323–362.

Typ II

1. Beschreibung: sowohl der ungarische wie auch der polnische Entwicklungspfad führt vom „sozialistischen Aufbau“ über mehrere Reformanläufe in den partiellen Rückzug des Parteistaats. Die entscheidende Verzweigung der beiden Länderpfade fällt mit der schweren Systemkrise des Jahres 1956 zusammen¹⁹: einer – sieht man von der notwendigen, wenn auch nicht hinreichenden externen Ursache „Entstalinisierung in der Sowjetunion“ ab – typischen, aus der Überspannung klassisch-stalinistischer extensiver Industrialisierungsstrategien und der hiermit verbundenen Präferenz von Akkumulation vor Konsum resultierenden Aufbaukrise.

a) Nach der Erstickung des ungarischen Aufstands durch militärische Gewalt demonstrierte die neue Parteiführung unter Janos Kádár im Interesse des nackten Überlebens Blocktreue und Loyalität zur Sowjetunion durch harte Repression. Die „erfolgreiche“ Wiederbefestigung der Parteimacht ermöglichte jedoch nach wenigen Jahren eine gewisse Flexibilisierung und Dezentralisierung der Wirtschaft. Die Kontrolle über die Gesellschaft wurde zurückgenommen, die Loyalitätsanmutungen reduzierten sich, der ideologische Dogmatismus geriet in die Hinterhand; die Ungarn profitierten von einer begrenzten Öffnung nach Westen und von Reisefreiheit – all dies im ehernen Gehäuse der Sowjetmacht, unter penibler und demonstrativer Wahrung der Blocktreue als Bedingung der Möglichkeit „weicher Stabilisierung“ im Inneren.

Der Kádárismus steuerte von oben; er wurzelte aber auch in einem unausdrücklichen, durch den sprichwörtlichen Gulaschkommunismus unterfütterten Gesellschaftsvertrag: im stillschweigenden Einverständnis zwischen Parteiführung, Dienstklasse und Volk, daß ein weiteres „1956“ unter allen Umständen zu vermeiden und die bestehende Welt für das Überleben der ungarischen Nation die beste aller Welten sei, weil die Macht der Verhältnisse eine bessere unmöglich zulassen werde. Das factum brutum der sowjetischen Hegemonie hatte diese „Vernunftfehe“ gestiftet: ein verstohlenes Bündnis, in dessen Rahmen die Partei selbst die besten Köpfe, um sie von der Politik fernzuhalten, auf die Wirtschaft verwies.

Moderate und graduelle Liberalisierung waren Leitmotive des Kádárismus. Diese Langzeitdrift der Jahre 1956 bis 1989/90 war allerdings nicht völlig linear; sie bewegte sich zwischen Gipfeln der Reform – 1968 und die achtziger Jahre – und Senken wie der Reregulie-

19 Auch hier in strengster Auswahl: Włodzimierz Brus, *Geschichte der Wirtschaftspolitik in Osteuropa*, Köln 1987; Johannes von Thadden, *Krisen in Polen: 1956, 1970 und 1980. Eine vergleichende Analyse ihrer Ursachen und Folgen mit Hilfe der ökonomischen Theorie der Politik*, Frankfurt/M. 1986; Jan Adam, *Planning and market in Soviet and East European Thought 1960s–1992*, New York 1993; Andreas Wass von Czege, Ungarns „Neuer ökonomischer Mechanismus“ – Reformmodell oder Krisenmanagement?, in: Rolf Schlüter (Hg.) *Wirtschaftsreformen im Ostblock in den 80er Jahren*, Paderborn 1988, S. 187–207; Andrew Felkay, *Hungary and the USSR, 1956–1988*, New York 1989; Władysław W. Jermakowicz/Jane Thompson Follis, *Reform Cycles in Eastern Europe 1944–1987. A comparative analysis from a sample of Czechoslovakia, Poland, and the Soviet Union*, Berlin 1988; August Pradetto, *Technokratisch-bürokratischer Sozialismus: Polen in der Ära Gierek (1970–1980)*, New York 1991; Klaus Ziemer, *Polens Weg in die Krise: eine politische Soziologie der „Ära Gierek“*, Frankfurt/M. 1987; Dieter Bingen (Hg.), *Polen 1980–1984. Dauerkrise oder Stabilisierung?*, Baden-Baden 1985.

rung der siebziger Jahre. Ungeachtet dessen addieren sich diese vergleichsweise schwachen Oszillationen zu einer mehr oder weniger linearen Drift. Auch ungarische Reformen „enden“; aber diese „weichen Enden“ unterscheiden sich von den markanteren Wenden und Abbrüchen des Typs I. Der ungarische Sozialismus wurde so durch den sprichwörtlichen steten Tropfen gehöhlt; in den achtziger Jahren war diese Höhle so groß, daß Keime der Zivilgesellschaft, ein nicht unbedeutender kleinbetrieblicher Privatsektor, ja sogar ein Kapitalmarkt in ihr heranwuchsen. Den Kádárismus zu idealisieren wäre verfehlt: ihm waren die Schwächen, Strukturprobleme und Dilemmata aller staatssozialistischen Reformregime inhärent. Die vom Primat der Politik markierte Systemgrenze überschritt auch der späte Kádárismus nicht, wohl aber näherte er sich ihr deutlicher als andere ostmitteleuropäische Staatssozialismen.

b) In Polen rettete sich das Regime aus den Arbeiterunruhen des Jahres 1956 knapp unterhalb der Schwelle einer sowjetischen Invasion. Der neue, leidlich charismatische „Hoffnungsträger“ Gomułka gewann die Arbeiter in seiner Qualität als nationalkommunistischer Führer und durch eine Taktik begrenzter materieller Konzessionen; auch hier wurde die Wirtschaft partiell liberalisiert. Nachdem die Parteimacht wieder Tritt gefaßt hatte, wurden die Reformen zurückgenommen.

Auf diesen Zyklus folgten zwei strukturell ähnliche: den Beginn des ersten markierte 1970 Gomułkas Ablösung durch Gierek, der zweite fällt in die achtziger Jahre. Auslöser waren in jedem Fall stichflammenartige Arbeiteraufstände: Reaktionen auf versuchte Anpassungen des Lebensstandards an die bescheidene Leistungsfähigkeit der polnischen Ökonomie. In beiden Fällen wurden Konzessionen gemacht – und nach der Rekonsolidierung der Parteimacht zurückgenommen.

2. Vergleich: Auch die ungarische und die polnische Trajektorie weisen evidente Ähnlichkeiten auf: gemeinsam ist die Drift weg vom „klassischen System“ in der *longue durée*. Deutlich sind jedoch auch die Unterschiede:

a) Der ungarische Pfad verlief, ungeachtet schwacher Oszillationen, im wesentlichen linear; die polnische Trajektorie hingegen war markant zyklisch. Allerdings beinhaltete auch dieses Verlaufsmuster keine simple Rückkehr zum *status quo ante*: von einem Durchgang zum nächsten entfernte sich der polnische Sozialismus durch zunehmende Implantierung von Elementen parametrischer – indirekter – Steuerung weiter vom klassisch-sowjetischen Ausgangspunkt. Von Zyklus zu Zyklus wurde die Opposition fundamentaler. Die Aushöhlung der materiellen und ideologischen Substanz des Staatssozialismus war von Durchgang zu Durchgang offensichtlicher, bis in den achtziger Jahren, teils im Untergrund, teils im offenen Konflikt mit der Parteimacht, die alle Gegenkräfte bündelnde *Solidarność* zur Zivil-Gegengesellschaft heranwuchs und schließlich am Runden Tisch Platz nahm.

b) Der Kádárismus formulierte den *contrat social* von oben, auf der Basis eines vom nationalen Interesse geleiteten stillschweigenden Übereinkommens zwischen Parteilite und Volk. In Polen kamen die Impulse im wesentlichen von unten; die Führung reagierte. Die

Kluft zwischen „them“ und „us“ war tief von Anbeginn; sie vertiefte sich zusehends weiter. Der polnische Sozialismus als Ganzes stand viel früher zur Disposition als der ungarische, die polnische Gesellschaft erkämpfte sich Freiräume, während in Ungarn eine Art verstohener Landnahme stattfand.

3. Erklärung: Warum enden DDR und ČSSR in einem restaurierten bürokratischen Sozialismus, während in Ungarn und Polen der Parteistaat erodiert und „deregulierte Zonen“ eröffnet? Auch Typ II ist nicht allein aus der systemischen Logik des Staatssozialismus, sondern erst durch den Rekurs auf die Strukturen und Interaktionen von Macht und Gegenmacht zu verstehen. Das Explanans wird in diesem Fall durch die Ereignisse im Gabelungsjahr 1956 vervollständigt.

a) Strukturen: Gegenmacht war, aus historisch-kontingenten Gründen, in Ländern von Typ II eine weitaus erheblichere Größe als in Typ I – eine globale Hypothese, die der Forschung ein weites Feld eröffnet und an dieser Stelle lediglich exemplarisch illustriert werden kann: von zentraler Bedeutung war im polnischen Fall vermutlich die schwache autochthone kommunistische Tradition. Maßgebliche gesellschaftliche Kräfte waren die Intellektuellen und ein kleinbäuerlicher Sektor von beträchtlicher ökonomischer, sozialer, politischer und mentalitätsprägender Bedeutung. Die im Zuge des „sozialistischen Aufbaus“ sich formierende Industriearbeiterschaft der ersten städtischen Generation war noch halb im agrarischen Nexus verhaftet und nur mangelhaft von der Partei durcherrscht. Traten die im Übergang von der Agrargesellschaft zur sozialistischen Industriegesellschaft typischen Anomien und Turbulenzen mit der Zeit auch zurück, so überdauerte doch ein in der Abwehr von Fremdherrschaft erfahrener, kämpferischer Nationalismus; beherrschend war und blieb die Gegen-Lebenswelt der katholischen Kirche.

Einige dieser Elemente finden sich auch in der ungarischen Gesellschaft: der kleinbäuerliche bzw. -pächterliche Sektor, ein Nationalismus mit kämpferischer Tradition seit 1848, mit triumphalistischer Tradition seit 1867. Eine Vielzahl dem industriellen Staatssozialismus fernstehender oder diesem widerstrebender Kräfte macht, aufs Ganze gesehen, die Langzeit-Drift der agrarischen bzw. semiindustrialisierten Länder des Typs II plausibel. Die Kluft zwischen den eingessenen Arbeiterklassen in den beiden alten Industriegesellschaften Ostdeutschlands und der Tschechoslowakei einerseits, der „sozialistischen Staatsmacht“ andererseits war, aufs Ganze gesehen und ungeachtet der skizzierten beträchtlichen Unterschiede zwischen DDR und ČSSR, vermutlich weniger tief. Insbesondere die Strategie der Normalisierung bzw. des Realsozialismus paßte vorzüglich zu den trade-unionistischen Erwartungen einer Arbeiterklasse, die glänzende Verheißungen seit jeher auf Mark und Pfennig bzw. Krone und Heller durchzurechnen gewohnt war.

b) Ereignisse: Erklärungsbedürftig sind des weiteren die Unterschiede zwischen dem polnischen und dem ungarischen Pfad. Analog zum Schlüsselereignis „1953“ ist in Typ II die Furkation „1956“ von zentraler strategischer Bedeutung: in ihrer Folge entwickelten beide Länder die den speziellen Umständen am ehesten angemessenen Strategien. Das nationale Trauma von 1956 verwies Ungarn auf den Weg vorsichtigen Taktierens. Die ungarischen

Reformen vermieden sorgfältig politische Provokationen; sie fokussierten auf die Wirtschaft. Waren die Ziele hier auch durchaus ambitioniert, so wurden sie doch im Trippelschritt verfolgt. Auch im Polen des Jahres 1956 war die Konfliktintensität hoch; die Unruhen überschritten jedoch nicht die kritische Schwelle zum Eingreifen der Hegemonialmacht. Damit öffnete sich der Korridor für das spätere Ringen zwischen Macht und Gegenmacht auf dem Terrain von Wirtschaft *und* Politik.

Fazit und Ausblick

1. Die Evolution staatssozialistischer Systeme entlang von Pfaden ist – dies zeigen insbesondere die Schlüsseljahre 1953/56 und ihre Folgen – wesentlich auch die Lerngeschichte des Umgangs von Herrschaft mit Gesellschaft und vice versa. Allgemeiner: die Machtgeschichte staatssozialistischer Systeme ist ohne ihre Gesellschafts- oder Gegenmachtgeschichte, insbesondere die Geschichte ihrer zentralen Klasse, der Arbeiterschaft, nicht zu schreiben – und umgekehrt.

2. „Sozialistische Pfadabhängigkeiten“ enden nicht an der Epochenschwelle der Transformation. Polen und Ungarn etwa gehen aus der Endphase der Erosion mit einem Stamm dynamischer Privatunternehmer in die neunziger Jahre, während die bis zum Schluß hochzentralisierte tschechoslowakische Staatswirtschaft sich ungeachtet aller marktradikalen Rhetorik der Regierung Klaus über 1989 hinaus als überaus zählebig erwies.

3. Die Pfadabhängigkeiten lassen sich auch in die vorsozialistische Vergangenheit zurückverfolgen; diese Selbstverständlichkeit sei der Vollständigkeit halber erwähnt. Die auf wenige, hochaggregierte Variablen – „Parteimacht“ und „gesellschaftliche Gegenmacht“, „Arbeiter“ und „Arbeiterklasse“, „Parteistaat“, „herrschende Eliten“ u. a. – reduzierte²⁰ Erklärungsskizze konnte das Forschungsfeld lediglich in groben Umrissen vermessen. Das hier konturierte Forschungsprogramm im Schnittpunkt von politischer Ökonomie, Gesellschaft und Kultur wäre begrifflich zu elaborieren und in interdisziplinärer Kooperation empirisch abzuarbeiten.

20 So fehlt etwa die Variable „besondere Position der DDR als ‚halbe Nation‘“.